

# Präsidenten- und Parlamentswahlen in Uganda

**Die Präsidentenwahl vom 12. März 2001 und die Parlamentswahlen vom 26. Juni 2001 lassen eine erfreuliche Kontinuität des demokratischen Wahlprozesses in Uganda erkennen. Wäre die Häufigkeit der Durchführung von Wahlen allein ein Indikator für die Reife einer Demokratie, dann müsste Uganda als eine reifende Demokratie bezeichnet werden.**

Der regelmäßige Urnengang stellt noch immer ein relatives Novum in der jüngeren Geschichte Ugandas dar. Sir Edward Kutesa, König von Buganda, wurde im Jahr der Unabhängigkeit 1962 vom Parlament zum ersten Staatspräsidenten Ugandas gewählt. Die erste Direktwahl eines Präsidenten fand dann erst wieder im Jahre 1996 statt. In der Zwischenzeit waren Präsidenten entweder durch Staatsstreiche, militärische Gewalt oder durch Wahlfälschungen an die Macht gekommen. Gleiches gilt auch für die Wahl der Volksvertretung. Nach Parlamentswahlen in den Jahren 1961 und 1962 fanden 1996 die ersten geheimen und direkten Wahlen statt – die Ergebnisse der Wahlen von 1980 waren gefälscht bzw. nie ordentlich verkündet worden. Die Rahmenbedingungen, unter denen die letzten Wahlgänge durchgeführt wurden, verzerren allerdings das zunächst positive Bild.

## ■ Wahlen unter dem Movement-System

Die im Jahre 1986 unter dem amtierenden Staatspräsidenten Yoweri Kaguta Museveni an die Macht gekommene Widerstandsarmee, National Resistance Army, der militärische Arm des National Resistance Movement (NRM), versteht sich heute wie damals als Sammelbewegung aller Ugander. Jeder Ugander ist kraft der Verfassung (Zwangs-) Mitglied des NRM – logischerweise gilt dies auch für die Mitglieder des Parlaments und der Rechtsprechung.

Die Aktivitäten politischer Parteien sind unter dem „Movement-System of Government“ stark eingeschränkt. Zu den etablierten Parteien in Uganda

sind zu zählen: Democratic Party, Uganda Peoples Congress, Conservative Party. In der neuen ugandischen Verfassung aus dem Jahr 1995 sind diese Beschränkungen in Art. 269ff geregelt, der es den Parteien untersagt, Geschäftsstellen in Distrikten zu unterhalten, Parteitage und öffentliche Parteikundgebungen abzuhalten, an Wahlen mitzuwirken und Aktivitäten zu entfalten, die dem in Kraft befindlichen Movement-System zuwiderlaufen. Ein abschließendes Parteiengesetz zur Regelung der Aktivitäten von Parteien unter dem Movement-System ist bislang nicht verabschiedet worden – obwohl ein Gebot der Verfassung von 1995. Ein Gesetzentwurf wurde dem Parlament 1998 erstmals vorgelegt; seitdem wird der Entscheidungsprozess aber wohl (taktisch) immer weiter verschleppt.

In einem Referendum im Juli 2000 entschieden 90,7 Prozent der Wähler für eine Fortsetzung des „Movement-System of Government“ und nur 9,3 Prozent für eine Wiedereinführung des Mehrparteien-Systems. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei nur 51,1 Prozent, die Opposition hatte zum Boykott aufgerufen und die internationalen Beobachter und Geberstaaten attestierten dem Wahlgang größte Mängel und einigten sich letztlich auf die diplomatische Formulierung *flawed* (fehlerhaft) für die Umschreibung des plebiszitären Akts.

■ In einem Referendum im Juli 2000 entschieden 90,7 Prozent der Wähler für eine Fortsetzung des „Movement-System of Government“ und nur 9,3 Prozent für eine Wiedereinführung des Mehrparteien-Systems.

### ■ Kandidaten, Profile und programmatische Ansätze

Obwohl sechs Kandidaten ins Rennen um das Präsidentenamt gingen, hatten von vornherein nur zwei Bewerbungen Aussicht auf Erfolg: Präsident Yoweri Museveni und Colonel Dr. Kizza Besigye.

Präsident Yoweri Museveni, Jahrgang 1944, studierte an der Universität in Dar-es-Salaam Politikwissenschaft und Ökonomie. Durch seinen dortigen Kontakt zu mozambikanischen Rebellen erhielt er seine erste militärische Ausbildung. 1979 kämpfte er gegen Idi Amin bis zu dessen Sturz. In den Jahren 1981 bis 1986 führte er eine Rebellenarmee gegen das diktatorische Regime des Milton Obote. Nachdem er auch die Nachfolgeregierung unter Tito Okella Lutwa gestürzt hatte, wurde er 1986 ugandischer Präsident. Er bildete eine „Regierung der nationalen Einheit“ unter Beteiligung von Mitgliedern der Democra-

tic Party, beschränkte jedoch sofort durch Rechtsverordnung die Betätigung politischer Parteien. 1994 sprang er auf den mittlerweile fahrenden Zug eines verfassungsgebenden Prozesses auf. Zwar wurde eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt; die von ihr beratene und beschlossene Verfassung war jedoch maßgeblich von der Museveni-Regierung beeinflusst und trat 1995 in Kraft. 1996 stellte Museveni sich nach zehn Jahren Herrschaft erstmals als Präsident zur Wahl und erhielt 75 Prozent der Stimmen.

■ **Musevenis Wahlkampf-aussagen unterschieden sich kaum von denen aus dem Jahr 1996: Er stehe für Frieden, Demokratie, Einheit und Modernisierung. Neu hinzugekommen ist die Absicht, die Armee professionalisieren zu wollen und einen friedlichen Übergang der Macht zum Ende seiner Amtszeit zu gewährleisten.**

Seine diesmaligen Wahlkampf-aussagen unterschieden sich kaum von denen aus dem Jahr 1996: Er stehe für Frieden, Demokratie, Einheit und Modernisierung. Neu hinzugekommen ist die Absicht, die Armee professionalisieren zu wollen und einen friedlichen Übergang der Macht zum Ende seiner (verfassungsmäßig letzten) Amtszeit zu gewährleisten.

Kritisch bleibt anzumerken, dass Museveni bereits in der Vergangenheit nicht alle Wahlversprechen in die Tat umsetzte. Heute hat er mehr Opposition gegen sich und seine Regierung als zuvor; durch die harte Unterdrückung jeglicher Opposition hat er diese in verstärktem Maße erst erzeugt.

Colonel Dr. Kizza Besigye, Jahrgang 1956, studierte an der Makerere-Universität Medizin. Er trat 1980 dem Uganda Patriotic Movement (UPM) bei, dem heutigen National Resistance Movement (NRM), oft nur kurz Movement genannt. 1981 wurde er Mitglied der National Resistance Army (NRA), deren Oberbefehlshaber Museveni war. Er war gewissermaßen der Hausarzt der Führungselite der NRA und gehörte zu den 38 historischen Mitgliedern des National Resistance Council. Zwischen 1988 und 1991 bekleidete er herausragende Regierungämter und galt als Chefideologe des Movement.

Besigye opponierte gegen die Einführung des Movement als politisches System in die Verfassung; er verstand das Movementsystem als Übergangsorganisation und nicht als permanentes System. Ebenso prangerte er offen Korruption und Intoleranz in der Führung des Movement an. Zum offenen Bruch kam es 1999, als er in einem Papier die Ansicht vertrat, Korruption und Intoleranz zerfräßen das Movement von innen.

Besigye hat ein umfangreiches Wahlprogramm vorgelegt, dessen Kernpunkte sind:

- eine Regierung der nationalen Einheit auf breiter Grundlage unter Einbeziehung aller politischen Kräfte;
- Wiederherstellung des Respekts vor der Verfassung;
- Einsetzung einer Verfassungsreformkommission zur Regelung offener Fragen, wie Föderalismus und die Betätigung politischer Parteien;
- Beendigung der Kriege und Rebellionen durch friedlichen Dialog – insbesondere völliger Truppenabzug aus dem Kongo.

Neben der landesweiten Anerkennung seiner Verdienste um die Erhaltung von Frieden und Stabilität in Uganda kommt dem Kandidaten Museveni die traditionell starke Unterstützung in den ländlichen Gebieten zugute. Hervorzuheben ist sein professioneller Wahlkampf; er ist z.B. der einzige Kandidat mit Hut und lächelndem Gesicht auf dem Wahlzettel („Vote for the hat“), ein nicht zu unterschätzender Vorteil angesichts des großen Anteil von Analphabeten an der Wählerschaft.

### ■ Wachsende Polarisierung im Wahlkampf

Nach einem in der Geschichte des Landes bezüglich seiner Härte unübertroffenen Wahlkampf lautete das Votum zur Präsidentenwahl am 12. März 2001: „No Change“! Mit einer Zustimmung von 69,3 Prozent wurde Staatspräsident Yoweri Kaguta Museveni in seiner offiziellen zweiten Amtszeit für weitere fünf Jahre bestätigt. „Change“! hingegen verlangte das Wahlkampfmotto der oppositionellen Kräfte im Lande. Eine Allianz des ehemaligen Obersten und Präsidentenvertrauten Dr. Kizza Besigye mit dem konservativen Flügel der seit November 2000 gespaltenen Democratic Party (DP) unter Dr. Paul Ssemogerere und dem Populisten Al-Hajjii Nasser Sebaggala brachte es auf immerhin 27,8 Prozent der Stimmen.

PRÄSIDENTENWAHL	1996	2001
Registrierte Wähler	8 492 154	10 775.836
Abgegebene Stimmen	6 163 678 (72,6 %)	7 576.144 (70,3 %)
Ungültige Stimmen	196 130	186 453
Gültige Stimmen	5 967 548	7 389 691
davon auf:		
Yoweri Museveni	4 428 119 (74,2%)	5 123 360 (69,3%)
Dr. Kizza Besigye	–	2 055 795 (27,8%)
Dr. Paul Ssemogerere	1 416 139 (23,7%)	–
Muhammad Mayanja	123 290 (2,1%)	73 790 (1,0%)
Aggrey Awori	–	103 915 (1,4%)
Francis Bwengye	–	22 751 (0,3%)

■ Der Gang zu den insgesamt 17294 Wahllokalen in Uganda erfolgte nicht ohne größere Komplikationen und Unregelmäßigkeiten. Zahlreiche Zwischenfälle im ganzen Land erzeugten ein Klima der Verunsicherung und der Gewalt.

Der Gang zu den insgesamt 17 294 Wahllokalen in Uganda erfolgte nicht ohne größere Komplikationen und Unregelmäßigkeiten. Zahlreiche Zwischenfälle im ganzen Land erzeugten ein Klima der Verunsicherung und der Gewalt. Nach Angaben der Polizei wurden insgesamt 324 Gewalttaten und vier Todesfälle registriert, die in direktem Zusammenhang mit dem Wahlkampf standen. Der Einsatz von Militärkräften in unterschiedlichen Landesteilen, vor allem der 1500 Mann starken Präsidentengarde (*Presidential Protection Unit*) unter dem Kommando von Musevenis Sohn, wurde von Wahlbeobachtern als gezielter Versuch der Einschüchterung und Manipulation bezeichnet.

Neben körperlichen Angriffen standen vor allem rhetorische Attacken im Vordergrund des Wahlkampfgeschehens; sachliche Diskussionen wurden kaum geführt. Dies lag vornehmlich an dem Verhältnis der beiden Hauptkontrahenten, Museveni und Besigye, zueinander. Dr. Kizza Besigye gehörte, wie gesagt, bis Mitte der neunziger Jahre zum engen Kreis der Präsidentenberater, und hatte mehrere bedeutende Positionen inne: Chefideologe des Movement (National Political Commissioner), Staatsminister im Innenministerium, Militärberater im Präsidialamt, Oberst in den ugandischen Streitkräften. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre machte sich Dr. Besigye schließlich einen Namen mit seinen Vorschlägen zur Reformierung des Movement, die dem Präsidenten missfielen und internen Entscheidungsgremien des Movement (National Executive Council) letztlich zur Diskussion auch nicht vorgelegt wurden. Im Jahre 1999 ließ Dr. Besigye seine Kritik und seine Ideen daher in der Presse veröffentlichen. Der Präsident war entsetzt und leitete ein Verfahren

gegen Dr. Besigye ein, das schließlich zu seiner Entlassung aus der Armee im Oktober 2000 führte. In aller Öffentlichkeit waren aus den eigenen Reihen die Schwächen (Korruption, Nepotismus, Machtkonzentration) des Movement dargelegt und war für eine Öffnung des politischen Systems plädiert worden – das grenzte an Hochverrat, jedenfalls an Treubruch.

Der Schlagabtausch zwischen den beiden Kontrahenten erfolgte selten über der Gürtellinie. Wenn dies dann doch geschah, lobte Museveni stets die Errungenschaften seines Movement bei der Modernisierung und Entwicklung des Landes, was bei einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von ca. sieben Prozent in den letzten 15 Jahren auch nicht grundlos ist. Sein Wahlkampfmanifest hielt an diesem Kurs fest, und versprach dem Wähler für die nächsten Jahre weiteres Wachstum und Wohlstand. Nach dem traditionellen Muster der Wahlkampfauseinandersetzung versuchte Dr. Besigye, diese Erfolge zu relativieren, und verwies vornehmlich auf die fragile Sicherheitslage im Land und an den Grenzen (Kongo, Ruanda, Sudan), die weite Landesteile von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen ausschließe und hohe volkswirtschaftliche Kosten erzeuge, die den Staatshaushalt unnötig belasteten.

### ■ Kritische Rolle der Wahlkommission

Die technische Vorbereitung und Durchführung der Wahl durch die Wahlkommission (Electoral Commission) erfolgte nicht ohne größere Pannen. Die Zahlen über den Umfang des von der Wahlkommission zu erstellenden Wahlregisters variierten fast wöchentlich. Noch zwei Tage vor dem Wahlgang legte der Vorsitzende der Wahlkommission, Haji Aziz K. Kasuja, die Zahl des überarbeiteten Registers, dessen Daten auf der Volkszählung aus dem Jahre 1991 basieren, mit 11,6 Millionen fest. Nach dem amtlichen Endergebnis liegt die offizielle Zahl bei 10 775 836 – fast eine Million Stimmen unter den Angaben vor der Wahl. Die Vorwürfe an die Wahlkommission reichen von Schlamperei, technischem Versagen bis hin zu Manipulation. Drei Angehörige der Wahlkommission wurden am Wahlabend verhaftet und des Betruges und Amtsmissbrauchs angeklagt.

■ Die technische Vorbereitung und Durchführung der Wahl durch die Wahlkommission (Electoral Commission) erfolgte nicht ohne größere Pannen. Die Zahlen über den Umfang des von der Wahlkommission zu erstellenden Wahlregisters variierten fast wöchentlich.

■ **Das Urteil der fast 18 000 nationalen und internationalen Wahlbeobachter kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahlen den Willen der Wähler trotz größerer Schwierigkeiten der Wahlkommission bei der Durchführung der Wahl reflektieren.**

Der Wahlgang am 12. März 2001 verlief wider alle Erwartung weitgehend friedlich und ordnungsgemäß. Größere Unregelmäßigkeiten wurden vor allem aus den Distrikten Rukungiri (Heimatregion Museveni und Besigyes im Südwesten des Landes), Kabale (Südwesten), Soroti (Zentrum) und Mbale (Osten) berichtet. Die Meldungen umfassten vor allem Fälle von Wahlfälschungen, Einschüchterung und Verfolgung von Anhängern einzelner Kandidaten durch Angehörige der Sicherheitskräfte.

Das Urteil der fast 18 000 nationalen und internationalen Wahlbeobachter kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahlen den Willen der Wähler trotz größerer Schwierigkeiten der Wahlkommission bei der Durchführung der Wahl reflektieren. Wenn auch der Vorsitzende der von den Geberstaaten finanzierten nationalen Wahlbeobachtungsgruppe NEMGROUP, Rev. Canon Grace Kaise, hinter verschlossenen Türen für die Wahl allenfalls 60 von möglichen 100 Punkten vergibt, wird das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl im offiziellen Bericht (Final NEMGROUP-U Monitoring Report of Uganda's 2001 Presidential Elections) auf unter zehn Prozent der Wählerstimmen geschätzt.

Das Wahlergebnis nicht anerkannt hatten daher zunächst der geschlagene Kandidat Dr. Kizza Besigye sowie die Mitglieder seiner Wahlallianz. Eine Klage gegen den Wahlsieger Yoweri Kaguta Museveni zur Annullierung der Wahl wurde von Dr. Besigye am 23. März 2001 beim Obersten Gerichtshof eingereicht. Am 22. April wies das Oberste Gericht mit drei zu zwei Stimmen die Klage ab. Zwar wurde dem Kläger in mehreren Punkten Recht gegeben, vornehmlich zu den Unzulänglichkeiten bei der technischen Durchführung der Wahl, laut Gericht war jedoch die Vorsätzlichkeit der Handlungen seitens des Wahlsiegers Museveni nicht nachzuweisen. Das knappe Votum der fünf Richter wurde dennoch als Sieg der Demokratie und der Unabhängigkeit der Justiz in Uganda gefeiert, da sich immerhin zwei Richter gegen den Präsidenten und für die Kläger ausgesprochen hätten. Dr. Besigye akzeptierte den Urteilspruch der Richter.

## ■ Größerer Einfluss oppositioneller Kräfte im siebten Parlament

Kaum einen Monat später liefen bereits die Vorbereitungen für den nächsten Urnengang, die Parlamentswahlen vom 26. Juni 2001, auf Hochtouren. Schon das Verfahren der Kandidatennominierung für die 292 Parlamentssitze erfolgte nicht ohne Kontroversen: Vier Kandidaten, Mitglieder des Parlaments in der bisherigen Sitzungsperiode, wurden wegen fehlender akademischer Zeugnisse nicht zugelassen, Streit und Zwietracht zwischen rivalisierenden Anhängern des Movement um die Nominierung beherrschte das Klima in vielen Wahlkreisen. Es kam zu zahlreichen tätlichen Übergriffen zwischen Kandidaten und deren Anhängern. Mehrere ältere Mitglieder (Historicals) des Movement traten zur Wahl erst gar nicht an. Als prominenteste Persönlichkeit ist Eriya Kategaya, der amtierende Außenminister, zu nennen. Mit massivem persönlichem und finanziellem Einsatz hatte Staatspräsident Museveni versucht, „seinem“ Kandidaten eine Rückkehr in das siebte Parlament Ugandas zu sichern.

Das Wahlergebnis zeigt deutlich, dass dies dem Staatspräsidenten in vielen Fällen nicht gelungen ist. Seinen stärksten Einfluss dürfte das Movement noch auf die Wahl der Vertreter besonderer Interessengruppen gehabt haben, die durch Wahlmännergremien (Electoral Colleges) vor dem 26. Juni bestimmt wurden: 53 Frauenvertreter aus den Distrikten, fünf Jugendvertreter aus den Regionen, fünf Arbeitnehmervertreter, fünf Repräsentanten von Menschen mit Behinderungen, zehn Armeevertreter. Die Wahl der 214 direkten Wahlkreisabgeordneten indes lässt einen deutlichen Zuwachs der Anhänger oppositioneller Kräfte im siebten Parlament Ugandas erkennen.

Nach eigenen Angaben des Präsidenten umfasst das neue Parlament 230 Vertreter des Movement. Die Zahl der Vertreter oppositioneller Kräfte ist danach von 14 auf 62 gestiegen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1996 hatten diese noch zum Boykott aufgerufen. Weniger die Kandidaten der etablierten politischen Parteien (Democratic Party, Uganda Peoples Congress) als die Kandidaten um das Lager des gescheiterten Präsidentschaftsaspiranten Dr. Besigye konnten sich in vielen Wahlkreisen klar durchsetzen. Überproportional hoch ist der Anteil der Vertreter

■ **Nach eigenen Angaben des Präsidenten umfasst das neue Parlament 230 Vertreter des Movement. Die Zahl der Vertreter oppositioneller Kräfte ist danach von 14 auf 62 gestiegen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1996 hatten diese noch zum Boykott aufgerufen.**

der Opposition im Norden des Landes. Als größte Niederlage dürfte der Präsident den Sieg der Parlamentsabgeordneten Winnie Byanyima über „seinen“ Kandidaten, den Statthalter des Präsidenten (*Resident District Commissioner*) in Mbarara, Ngoma Ngime, empfunden haben; zumal die Siegerin zugleich die Ehefrau des Verlierers der Präsidentenwahl, Dr. Kizza Besigye, ist. Insgesamt 60 Mitglieder des Parlaments haben ihre Wiederwahl verfehlt, darunter auch zwölf Mitglieder der Regierung.

### ■ Probleme bei der Durchführung der Wahlen

Das Team nationaler und internationaler Wahlbeobachter stellte größere Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl fest. Aus den negativen Erfahrungen der Präsidentenwahl vom März 2001 wurden offensichtlich nur unzureichend positive Schlüsse gezogen und nur wenige konkrete Schritte abgeleitet: Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Wahlregisters wird weiterhin angezweifelt, die Organisations- und Durchführungskapazität der Wahlkommission hinterfragt, die Einflussnahme der Sicherheitskräfte (Einschüchterung und Verfolgung von Kandidaten und ihren Anhängern) auf den Wahlgang vor allem in Westen des Landes (Heimatregion des Präsidenten) kritisiert, das aktive Eingreifen des Präsidenten in den Wahlkampf bemängelt, Todesfälle und Verletzungen im Zusammenhang mit den Wahlen scharf kritisiert.

■ Das siebte Parlament Ugandas wird seinen Charakter unweigerlich verändern. Inwieweit die gestiegene Zahl der Anhänger oppositioneller Kräfte hierauf Einfluss nehmen wird, bleibt abzuwarten.

Das siebte Parlament Ugandas wird seinen Charakter unweigerlich verändern. Inwieweit die gestiegene Zahl der Anhänger oppositioneller Kräfte hierauf Einfluss nehmen wird, bleibt abzuwarten. Doch während das sechste Parlament vornehmlich mit der legislativen Ausführung der neuen Verfassung aus dem Jahr 1995 befasst war, wird das neue Parlament wichtige Entscheidungen für die politische Zukunft Ugandas fällen müssen: Die gemäß der Verfassung letzte Amtszeit Staatspräsident Museveni kann nur durch eine Verfassungsänderung mit Zweidrittel-Mehrheit verlängert werden. Die Abstimmung über das Gesetz zur Regelung der Aktivitäten politischer Parteien und somit der Zukunft des politischen Systems Ugandas steht noch aus.

## ■ Ausblick

Die zurückliegenden Wahlen lassen trotz aller Unzulänglichkeiten bei ihrer Vorbereitung und Durchführung ein gewachsenes demokratisches Bewusstsein und Vertrauen in das Konzept und die Institutionen einer Demokratie erkennen: Die Mehrheit der Wähler betrachtet den Wahlgang nicht länger als reinen Akt der Akklamation zugunsten der Machthaber; die Regierenden ihrerseits scheinen zu lernen, sich mit diesem kritischen Potential zu arrangieren. Dies gibt Hoffnung für die weitere Entwicklung der Demokratie in Uganda.

Die demokratische Tradition Ugandas ist eine noch junge und zarte Pflanze, die es weiter zu hegen und nähren gilt. Das siebte Parlament des Landes wird hierbei eine bedeutende Rolle spielen. Von seiner Arbeit in den nächsten fünf Jahren wird wesentlich abhängen, inwieweit das Vertrauen in die Demokratie im Lande weiter gefestigt werden kann – ein Lackmустest für die Reife der Demokratie und ihrer Institutionen in Uganda.